

KANTONSRAT

Ein Sitzungstag reich an Abwechslung

von Konrad Langhart, Stammheim, Kantonsrat Die Mitte

30. Januar 2024



Der Kantonsrat hat gestern Montag diskussionlos ein dringliches Postulat überwiesen, das die Überprüfung einer bedarfsgerechten individuellen Prämienerbilligung (IPV) fordert.

Diskussionslos heisst in diesem Fall, dass keine Fraktion gegen dieses Anliegen stimmte. Die steigenden Krankenkassenprämien sind bekanntlich für immer mehr Einzelpersonen und Familien ein ernsthaftes Problem. Natürlich sind Prämienerbilligungen reine Symptombekämpfung. Die eigentliche «Krankheit», die unsägliche Kostensteigerung im Gesundheitswesen, bleibt damit bestehen. Offenbar kann oder will die nationale Politik dagegen mehrheitlich nichts unternehmen. Mit der IPV können wir zwar keine Genesung unterstützen, aber immerhin die Schmerzen etwas lindern.

Weiter haben wir mehrheitlich einem Objektkredit von knapp 58 Millionen Franken zur Instandsetzung und zum Umbau der Militärkaserne Zürich zugestimmt. Sie soll künftig als Bildungszentrum genutzt werden, nachdem sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr von der Armee und jetzt auch nicht mehr von der Polizei benötigt wird.

Ein Postulat aus dem Jahr 2018 zur Rettung der Bienen, oder etwas konkreter zu entsprechenden Bewirtschaftungsauflagen auf kantonseigenem Land, konnte heute, fast sechs Jahre später, einstimmig abgeschlossen werden. Der Regierungsrat konnte glaubwürdig darlegen, dass die Landwirtschaft allgemein und der Kanton einiges geleistet haben zur Verbesserung der Situation. Zudem erscheinen die angedachten Massnahmen zur Bienenförderung zielführend. Wohl die einschneidendste Massnahme hat allerdings nicht der Kanton Zürich getroffen, sondern die Europäische Union. Sie hat in der Zwischenzeit die Zulassung für einige bienenschädigende Insektizide entzogen, die im Nachvollzug in der Schweiz hier jetzt auch nicht mehr erhältlich sind. Damit hat sich das Hauptanliegen des Vorstosses durch Fremdeinwirkung von selbst erledigt.

Die Nachmittagssitzung war der Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) betreffend klimaangepasster Siedlungsentwicklung gewidmet. Es ging um die Möglichkeiten der Gemeinden, mit planerischen und baulichen Massnahmen den Auswirkungen des Klimawandels (Hitze) begegnen zu können. Ebenfalls sollen möglichst die Rechte der Eigentümer damit in Einklang gebracht werden. Da die Mehrheitsverhältnisse bei den verschiedenen Minderheitsanträgen äusserst knapp sind, war einmal mehr die Mitte-Fraktion gefragt, die vernünftigen Lösungen zum Durchbruch verhelfen muss. Die Debatte dauerte nach Fertigstellung dieses Beitrags noch an.